

Kommunal wird´s besser – Rekommunalisierung vorantreiben!

Antrag:

Wir fordern die SPD-Mandats- und Funktionsträger im Rheingau-Taunus-Kreis dazu auf, vormals öffentlich und nun privat durchgeführte Aufgaben der Öffentlichen Daseinsvorsorge zu mindestens gleicher Qualität und Kosten möglichst wieder durch die öffentliche Hand durchzuführen.

Im Rheingau sollen die SPD-Mandats- und Funktionsträger unter dieser Maßgabe die Rekommunalisierung der kommunalen Stromversorgung in einem gemeinsamen Netz prüfen.

Begründung:

Die Rekommunalisierung bietet neue Chancen hinsichtlich flexibler und eigenverantwortlicher Durchführung kommunaler Aufgaben. Laufen etwa Entsorgungsverträge aus oder bieten sich Kündigungsmöglichkeiten, sind Kommunen aufgrund des gesetzlich verankerten Wirtschaftlichkeitsgebots verpflichtet, bestehende Alternativen, wozu auch die Rekommunalisierung gehört, einer Neuprüfung zu unterziehen. Dabei zeigt sich, dass immer mehr Kommunen ihre bislang an Dritte vergebenen Leistungen wieder zurückführen oder eine Abgabe an Dritte im Nachgang bedauern, was auch eine Studie des Deutschen Städte- und Gemeindebund aus dem vergangenen Jahr belegt.

Im Rheingau laufen 2012 die Stromkonzessionsverträge der Rheingauer Kommunen mit dem derzeitigen Energielieferanten aus, so dass die Möglichkeit einer Rekommunalisierung theoretisch bestünde. Um die Wirtschaftlichkeit dessen und eine sachgerechte Diskussion hierüber überhaupt führen zu können, bedarf es einer Machbarkeitsstudie, der sich die Rheingauer Kommunen allerdings derzeit noch verweigern.